

A. B.
F. c.
o. 41

Da XXV 10

(Dono Jaerk 1838)

F. C.

R. B.

0
41

I d e e n
über
Wechsepriorität
und
Wechselfähigkeit
nach den
in
A l t b a y e r n
geltenden Gesetzen
von
Dr. A. J. Riedl.

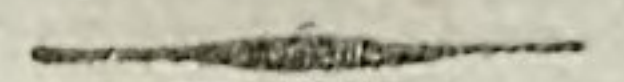
Bamberg, 1817.

L. Riedl

Dem
Handelsstande
in
Bayern
gewidmet.



V o r b e r i c h t.



Der Verfasser dieser kleinen Schrift hat sich in seinem frühern Geschäfts-Verhältnisse bey dem königlichen Wechsel- und Merkantilgerichte in München mehrere Jahre mit der Anwendung der in Altbayern geltenden Wechselgesetze beschäftigt. Es kann-

te nicht fehlen, daß sich bey dieser Gelegenheit Betrachtungen über die Zweckmässigkeit so mancher gesetzlichen Bestimmungen aufdrangen, und er glaubte seine Zweifel über Gegenstände der Art nicht kurz von der Hand weisen zu dürfen, da das kritische Studium der Gesetze für den praktischen Juristen anerkannt seinen hohen Werh hat.

So entstanden diese Ideen über Wechselfähigkeit und Wechselpriorität; — zwey Materien,

die in unserm Wechselrechte mit wenigen Zeilen abgethan, nichts destoweniger aber von dem entschiedensten Einflusse auf den Handelskredit, und auf den Flor des Handels sind.

Ob es gut gethan ist, diesen Ideen auch nur einige Publizität gegeben zu haben, ist eine andere Frage. Der Verfasser wurde hiezu bestimmt durch den Rath mehrerer ihm sehr schätzbaren Männer, durch das allgemeine Interesse des Gegenstandes, und durch die Hoffnung,

dafs man in diesem Versuche seinen Wunsch, belehrt zu werden, nicht verkennen werde.

Bamberg am 1. Februar 1817.



I. Einleitung.

§. 1.

Ueber die Behandlung der Wechsel in Konkursen ist in unserer Zeit viel — sehr viel gesagt, und geschrieben worden, Gerichtsstellen und Sachwalter haben sich in die manigfaltigsten Widersprüche verwickelt, und nur der unbedingt gebietenden Rechtskraft der oberstrichterlichen Entscheidungen ist es gelungen, die Fehde vor den Tribunälen etwas abzukühlen. Dagegen ist an Ueberzeugung — besonders auf Seite des handeltreibenden Publikums wenig oder gar nichts gewonnen; — es wird vielmehr itzt, wo man sich einmal die

Entscheidungen als rechtlich gefallen lassen muß, der ganze Angriff auf die Gesetze gerichtet, und ihr ungünstiger Einfluß auf den Handelskredit allgemein behauptet.

„Es sey augenfällig, hetzt es, daß man gegen die Sitte der übrigen Europäischen Staaten die Wechsel gerade wie die Hypotheken behandle, daß man nun bey jenen, wie bey diesen, die dem Gewerbsmanne so theure Zeit mit gerichtlichen Anmeldungen hinopfern müsse, — daß man noch lange ehe von einem Rechtsstreite die Rede ist, bereits mit Stempel und Taxgebühren zu kämpfen habe, und daß nur die Unbedachtsamkeit oder Untreue eines Kanzley-Subalternen erforderlich sey, um in einer halben Stunde den Wechselkredit *)

*) Mit Ausnahme der Tratten — versteht sich

einer ganzen Handels-Korporation ausmitteln zu können.

§. 2.

Zu diesen Klagen, die immer dringender wurden, gesellten sich noch Beschwerden über die lange Dauer der Wechselprozesse, welche man theils in den häufigen Präjudizialverhandlungen über die Wechselfähigkeit der Beklagten; theils in den Aufzögerungen der Exekution durch die Interventionen der Pfandgläubiger zu finden glaubte.

§. 3.

Um nun den Grund oder Ungrund dieser Beschwerden nachweisen zu können, und um eine Uebersicht der etwa zur Abhilfe dienlichen Mittel zu gewinnen, wird es zweckmäfsig seyn,

I. die Gesetzgebung über die Priorität der Wechsel und über die Wechselfähigkeit vor allem geschichtlich darzustellen;

II. hierauf eine kritische Untersuchung der bestehenden gesetzlichen Normen folgen zu lassen, und hieran

III. einige motivirte Vorschläge anzureihen.



II. Geschichtlicher Theil.

§. 4.

Vor dem Jahre 1776 hatte Bayern keine eigene Wechselordnung, man beurtheilte vielmehr die Wechselgeschäfte bis zu diesem Zeitpunkte hin nach den gemeinen Landesgesetzen.

Wechselbriefe wurden demnach gerade wie andere Chyrographen behandelt, und konnten höchstens auf einen Vorzug in der X. Klasse rechnen, wenn sie vor der Gand gerichtlich geklagt und geschafft worden waren.

Eben so wenig hatten sie einen besondern befreyten Gerichtsstand, sondern fanden ihre Erledigung vor den gewöhnlichen bürgerlichen Gerichten.

Im Jahre 1776 erschien zuerst eine Wechselordnung, worin der Gesetzgeber den Wechsln gleiches Privileg mit den Manufakturen und Fabriken in der Art einräumte, daß selbes

- a) den förmlichen Wechsln, d. h. den Tratten,
- b) den trookenen (oder eigenen) Wechsln der Handelsleute, oder
- c) jenen trocknen Wechsln, die wenigst zum Nutzen eines Handelsman- nes ausgestellt und acceptirt worden, und zwar
- d) a dato des Wechselbriefes zustehen sollte.

Zugleich wurde ein eigenes Wechsel- und Merkantilgericht errichtet, dem die Instruction und Entscheidung aller Wech-

sel- und Merkantilsachen ausschließend übertragen wurde.

§. 5.

Die Gültigkeit, und mit ihr das Vorzugsrecht der Wechsel hieng demnach in dieser Periode nicht geradehin von der subjektiven Beschaffenheit des Ausstellers (Wechselfähigkeit) ab, sondern das Hauptrequisit war objektiver Natur. Sobald der Wechsel einem Mitgliede des Handelsstandes, — oder mit andern Worten — dem Handelskredite zu Gute gieng; so war die Person des Ausstellers gleichgültig, und das Vorzugsrecht begründet.

Wer unter Handelsleuten übrigen gemeint sey, wird nicht näher erörtert.

Bemerkenswerth ist noch die Bestimmung, dafs die Tratten (gezogenen Wechsel) allein als förmliche Wechsel angesehen werden, und dafs sie als die vorzüglichsten Vehikel des Handelskredits da oben an stehen, wo von dem Vorzugsrechte der Wechsel die Rede ist.

§. 6.

Man staunt daher nicht wenig, zehn Jahre später legislative Bestimmungen anzutreffen, aus denen ein ganz veränderter Geist athmet.

Die Wechselordnung von 1785 beschränkte zuerst das Recht, Wechsel auszustellen, auf die Qualität des Ausstellers, und foderte hiezu, dafs man Handelsmann oder Negotiant sey. *)

*) Entstehung der Wechselfähigkeit!

Sie war es auch, die durch die Bestimmung, „dafs Wechselforderungen, welche einmal als richtig erkannt sind, die VII. Klasse mit den Hypotheken theilen sollen,“ den Grund zu Zweifeln über die Frage legte, wo? die Richtigkeit der Wechsel ausgesprochen werden müsse, und wann? das Vorzugsrecht derselben beginne, vom Tage der Ausstellung oder des Erkenntnisses.

Diese Zweifel machten eine authentische Lösung nothwendig, und da man ohnehin eben über mehrere Mißbräuche, worunter sich vorzüglich die trügliche Rückdatirung der Wechselbriefe, und der immer mehr um sich greifende Wucher auszeichneten, zu klagen hatte, so wollte der Gesetzgeber allen diesen Mängeln mit einemale abhelfen, und erließ die Verordnung vom 19. Julius 1787, die

nämliche, die unter dem Namen „Leuterations-Mandat“ in den letzteren Jahren so sehr bekannt wurde.

§. 7.

Dieses Leuterationsmandat bestimmte nun

- a) das Vorzugsrecht der Wechsel fange vom Tage des Richtig-Erkennens, und zwar
- b) beym Wechselgerichte an:
- c) beantwortet es die Frage „wer wechselfähig sey?“ dahin, dafs zu den wechselfähigen Personen nicht nur die Handelsleute, sondern auch die berechtigten Negotianten gehören. — Wer aber eigentlich Negotiant sey, blieb dem Ausspruche der Handelsgerichte, die nach den vom Gesetze aufgestellten Beyspielen analog zu subsumiren haben, überlassen.

§. 8.

Wiewohl nun die Vorschriften des Leuterationsmandates ad a et b äußerst deutlich waren, so wurden sie doch mehr als 20 Jahre lang auf verschiedene Weise gedeutet, und man findet Entscheidungen des damaligen Revisorii, wo bald das Datum des Wechsels, bald das Datum des Erkenntnisses als Anfangspunkt der Priorität angenommen wurde.

Eben so wenig hielt man sich daran, daß das Erkenntniß über die Richtigkeit der Wechsel in Konkursen von dem Wechselrichter ausgieng, sondern man liefs sich unbedenklich vor dem Konkursgerichte circa liquiditatem der Wechselfoderungen ein, und dieses erkannte eben so unbedenklich darüber ab.

So dauerte dieses Schwanken bis zu den Jahren 1812 — 1813 fort, als mehrere auffallende kaufmännische Fallimente dem Gegenstande der Kontrovers das Gepräge des höchsten Interesse aufdrückten, und ihn eben dadurch zum allgemeinen Tagsgespräch sowohl, als zum Augenmerk der obersten Gerichte, und sogar der gesetzgebenden Gewalt erhoben.

Die allerhöchste Verordnung vom 27. Dec. 1812 (Regier. Blatt von 1813 Seite 17) brachte lediglich den grammatischen Sinn des Leutcrationsmandates in frische Erinnerung; und nun abstrahirte man endlich nach und nach folgende seither ziemlich gleichmäfsig in Anwendung gebrachte Rechtssätze:

- a) Ohne Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Wechselbriefe

hänge das Vorzugsrecht derselben im Konkurse lediglich von ihrer Anerkennung bey dem Wechselgerichte ab. Das Datum dieses Anerkennnisses sey auch das Datum ihrer Priorität:

b) Hat der Wechsel vor dem Ausbruche eines Konkurses, oder vor erklärter Insolvenz diese Anerkennung noch nicht erhalten, so soll selbe — oder was eines ist, die Liquidation auch während dem Konkurse bey dem Wechselgerichte geschehen, und nur die auf die Priorität bezüglichen Behelfe sollen bey dem Konkursrichter vorgebracht werden.

c) Jedoch erlangt ein Wechsel, der nicht wechselgerichtlich anerkannt ist, ehe die Insolvenz erklärt, oder die Gand

dekretirt wurde, keine Priorität mehr, sondern gehört inter currentes.

- d) Die Anerkennung der Wechsel zum Behufe der Priorität ist nur dann nicht nöthig, wenn der Wechsel auf ein Haus, oder von Siegelmäßigen auf ein grundbares Stück (im Burgfrieden der Residenzstadt) ausgestellt, und rücksichtlich des Hauses die Vormerkung bey dem Grundbuche geschehen, hinsichtlich des grundbaren Stückes aber der grundherrliche Konsens beygebracht worden, in welchen Fällen die Priorität, jedoch lediglich so weit das Haus oder Gut reicht, vom Datum der Grundbuchsvormerkung oder des grundherrlichen Konsenses beginnt. *)

*) Die Bestimmung ad d) erstreckt sich bloß auf München u. seinen Burgfrieden.

Nun erst fieng man an, die Folgen des Lenterationsmandates vom 19. Julius 1787 zu fühlen, oder vielmehr, selbe diesem Gesetze ausschliessend zuzuschreiben, denn bis dahin wurde bey den herrschenden Zweifeln über den Sinn dieses Gesetzes jedes unangenehme Resultat auf Rechnung der Gerichte, die selbes nicht immer auf gleiche Weise anwendeten, gestellt.

Es ist daher auch nur aus diesem Umstande zu erklären, warum man erst itzt gegen ein Gesetz Klage führt, das schon vor beynahe dreyfsig Jahren promulgirt wurde, und das durch die neueste Verordnung vom 27. December 1812 durchaus keine Abänderung erlitt.

Die Folgen, von denen so eben die Rede war, bestanden nun zunächst darin, daß niemand mehr Geld oder Waaren auf Wechsel geben wollte, ohne schon gleich bey der Ausstellung auch die gerichtliche Anerkennung des Wechselbriefes vom Schuldner, — oder die Vormerkung auf eine Realität desselben im städtischen Grundbuche — oder, (was bey weitem am häufigsten, und in der letzten Zeit so oft als nur möglich, geschah), beydes zugleich erwirkt zu haben — kurz! daß nur jene Individuen Kredit auf Wechsel fanden, die eine genügende Hypothek als Sicherheit anbieten konnten.

Nebenbey war man in so langer Zeit nicht so glücklich gewesen, mit der Frage völlig ins Reine zu kommen, wer denn

wechselfähig sey? Die Beantwortung dieser Frage hieng nämlich von der Lösung der Vorfrage ab „wer als Negotiant zu betrachten sey?“ Da nun diese letztere von den Handelsgerichten nach den im Leuterationsmandate aufgezählten Beyspielen analog entschieden werden mußte, so ist es leicht begreiflich, daß sich der Begriff von Negotiant bald erweiterte, und bald verengte, daß über diesen Präjudizialpunkt alle Jahre eine bedeutende Zahl von Prozessen durchgeführt wurden und daß in einem Zeitraume von 3 Decennien — Präjudizien gegen Präjudizien im Kampfe — am Ende die ganze Materie in ein bedenkliches Dunkel hüllten.

III. Kritische Untersuchung

*der geltenden gesetzlichen Normen — nebst
motivirten Vorschlägen, und zwar*

A) über die Priorität der Wechsel.

§. II.

Unwillkührlich dringt sich hier die Vergleichung der Wechsel mit den Hypotheken in ihrer Behandlung auf. Während für letztere — den Kredit auf Grundeigenthum noch keine öffentliche allgemeine Anstalt existirt, während der Siegelmäfsige noch immer *autoritate privata* seine liegenden Güter verpfändet, hat sich für den Handelskredit ein Institut gebildet, das keiner öffentlichen Hypothekenanstalt an Strenge nachgiebt.

Man ist weit entfernt, das, was fremde Gesetzgebungen in diesem Punkte gegeben

haben, unbedingt als Richtschnur anzunehmen, doch konnte man nicht umhin, es denkwürdig zu finden, daß Staaten, die öffentliche Hypothekenbücher bereits wirklich haben, den kaufmännischen Kredit durchaus von einem andern Gesichtspunkte betrachteten, und die Einwirkung der öffentlichen Garantie auf selben für unräthlich hielten, daß endlich kein europäischer Staat, keine der deutschen sonst mit Autonomie begabten Handelsstädte die Priorität der Wechsel von ihrer gerichtlichen Anerkennung nach unserm Maasstabe abhängig machte.

So viele — unter so verschiedenen Lagen — übereinstimmende Erfahrungen machen es gewifs verzeihlich, das ihnen zum Grunde liegende Prinzip kritisch zu untersuchen.

§. 12.

Wenn auch nicht zu läugnen ist, daß die örtliche Lage eines Landes oder einer Stadt, und noch manches äußere Verhältniß auf das Emporbringen und Gedeihen des Handels einwirkt, so ist doch auch nicht minder ausgemacht, daß die eigentliche Seele des Handels der Kredit sey; ja! man kann sogar behaupten, daß alle jene äußern Verhältnisse größtentheils direkt auf den Kredit, und erst durch ihn auf den Handel selbst wirken. Es ist demnach nicht überflüssig, hier vorläufig zu prüfen, was denn eigentlich dieser Kredit sey?

Der Kapitalist, der dem Grundeigenthümer auf Hypothek oder Faustpfand borgt, und der Kaufmann, der seinem Freunde, oder für denselben Zahlungen macht, kreditiren beyde; allein die ihrem

Handeln zum Grunde liegende Vorstellung ist nicht so ganz dieselbe.

Ersterer handelt aus der Ueberzeugung, daß der Schuldner ein Gut wirklich besitze, das ihn für seine Forderung deckt, und dieses Gut von der darauf haftenden Last einseitig durchaus nicht entbürden könne: Letzteren bewog die Vorstellung von der wahrscheinlichen Solidität seines Schuldners, eine Muthmassung, die er sich aus verschiedenen allgemeinen Anhaltspunkten (Thätigkeit — Pünktlichkeit — Geschäftsumfang) abstrahirte.

Hieraus folgt,

1) daß dasselbe Individuum einen beträchtlichen Handelskredit genießen kann, das vielleicht einem auf Hypothekar-Sicherheit dringenden Gläubiger nicht für die Hälfte des Betrages genügen dürfte; u. umgekehrt:

2) dafs, so wie der menschliche Geist geneigter ist, eher eine Vermuthung aufzugeben, als seine Ueberzeugung zu ändern, — der Handelskredit dem Zeitverhältnisse nach weit mehr dem Wechsel unterliege, als der Realkredit, und dafs hier Wochen ja sogar Tage oft gröfsere Veränderungen bewirken, als dort Jahre.

3) Dagegen ist der Handelskredit grösserer Ausdehnung fähig, und unterscheidet sich vortheilhaft durch die Schnelligkeit seiner Operationen: beydes aus dem Grunde, weil sich sein ganzes Prinzip um Wahrscheinlichkeiten dreht, er sich sohin bequemerer Formen bedienen kann, die, wie begreiflich, sein Wirken extensiv und intensiv befördern.

§. 13.

Soll demnach von Seite des Staats dem Handelskredite genützt werden, so sind hiezu nur solche Mittel tauglich, die seinem charakteristisch von dem Realkredite sich unterscheidenden Wesen nicht widersprechen.

Dieses Wesen besteht aber (§. 12) in der Vorstellung des Credenten von dem wahrscheinlich-disponiblen Güterbesitze des Debenten. Tritt hier an die Stelle der Wahrscheinlichkeit — Gewissheit, so ist es mit einemmale um die eigenthümliche Existenz des Handelskredites geschehen, und seine Identität mit dem Realkredite ausgesprochen.

§. 14.

Zu dieser Konfusion der beyden Kreditarten führt nun offenbar die dermalen

geltende Theorie von der Priorität der Wechsel.

Schon oben (§. 10) wurde gezeigt, daß in Folge dieser Theorie niemand mehr Geld auf Wechsel geben wolle. ohne die Anerkennung von dem Wechselgerichte gleich bey der Ausstellung, und wo möglich, die Vormerkung auf eine Realität zu erwirken, daß man sohin in kurzem den Wechselkredit einer ganzen Gemeinde (mit Ausschluss der Tratten, versteht sich) in einem vom Staate garantirten Buche wird nachweisen können. Wozu nun aber diese öffentliche Nachweisung einiger Handelspassiven, während der Staat sich mit der Kontsatirung der Handelsaktiven nicht befaßt, und selbst jene Nachweisung, da sie sich nicht einmal auf alle Passiven glei-

cher Natur (§. 16.) erstrecken kann, immer unvollständig bleibt. *)

Der Handelsschuldner ist daher unverkennbar übler daran, als der Hypothekar-Debitor, da letzteren wenigstens nicht sein Schuldenstand allein, sondern auch sein Vermögen glaubhaft vom Staate bekundet wird.

Dafs aber der Fond des Handelsmannes, sein Waarenlager, seine Mobilien etc. nicht Gegenstand einer öffentlichen Katastrirung werden können, wird ohne nähere Erörterung zugestanden werden.

*) Man erinnert sich hier unwillkührlich des sogenannten Todtenbuchs in Kempten, das aber freylich nicht für den kaufmännischen Kredit bestimmt zu seyn scheint. Intellig. Blatt d. Illerkreises v. 1814 VII. St.

§. 15.

Als ein Hauptattribut des Handelskredites erscheint ferner (§. 12.) die Schnelligkeit und Ausgedehntheit seiner Operationen.

Diese Expansion der Zeit und dem Orte nach kann nur dann gedacht werden, wenn die Formen, denen die Handelsgeschäfte angepaßt werden müssen, zweckgemäfs sind, das heifst, wenn sie den möglichst geringen Zeitaufwand — die möglichst geringe Umständlichkeit fodern.

Das Anmelden bey Gerichte, das Protokolliren der Wechselagnitionen, die Vormerkung in den Grundbüchern ist aber zuverlässig die weitläufigste, und den höchsten Zeitaufwand verursa-

chende Form; denn die Erfahrung bewährt leider! dafs Stunden, ja nicht selten halbe Tage mit einer Wechselagnition zugebracht werden.

† Hiezu rechne man das Benehmen mit Rechtsanwälden, die Reisen der vom Gerichtssitze entfernten Wechselaussteller — und vergesse auch die hiedurch nöthig werdenden Auslagen nicht.

§. 16.

Was nun so eben von der Nothwendigkeit bequemerer Formen für die Handelsgeschäfte im allgemeinen gesagt wurde, wird bis zur Evidenz anschaulich, wenn man die Wirkungen der bestehenden Theorie über die Wechselpriorität auf die gezogenen Wechsel (Tratten) betrachtet.

Es ist durchaus unthunlich, Tratten bey dem Wechselgerichte agnosziren

zu lassen. Man denke sich nur den nächsten besten Fall, um die zahllosen Stockungen und Beschwerden, die aus solchen Agnitionen für den Handelsverkehr hervorgehen würden und müßten, mit einem Blicke zu übersehen.

Auch hat die Praxis dießfalls kein einziges Beyspiel aufzuweisen.

Wenn aber bey Tratten die gerichtliche Anerkennung nicht erlangt werden kann; was soll aus ihrem Vorzugsrechte in der VII. Klasse werden? — Offenbar ist ihnen solches durch die Verordnung vom 19. Julius 1787 indirekt entzogen — sohin die eigenen Wechsel, die als Getriebe des Handelsverkehres den Tratten an Wirksamkeit anerkannt nachstehen, auf Kosten der letztern begünstigt.

Oder! sollte es etwa Zweck des Gesetzes seyn, die eigenen Wechsel lediglich als Chyrographen und als Formen des Realkredites konstituiren zu wollen?

Zu dieser Annahme ist man aber wieder nicht berechtigt, denn

a) die Gesetze sprechen da, wo von Vorzügen der Wechsel die Rede ist, im allgemeinen, ohne zwischen eigenen und gezogenen Wechseln zu unterscheiden, und leiten den Grund dieser Vorzüge eben so allgemein aus der Absicht, den Handelskredit zu befördern, *) ab.

b) Sollen die eigenen Wechsel nicht als Mittel zu Beförderung des Handels

*) M. S. das Promulgat. Patent der W. O. von 1785.

kredites dienen, so ist nicht zu begreifen, warum sie mit den Tratten einen befreyten Gerichtsstand, und

c) ein eigenthümliches höchst vortheilhaftes Verfahren gemein haben, dagegen aber

d) von so manchen den Formen des Realkredites anklebenden Beschränkungen und Lasten frey erscheinen; z. B. von den Certiorationen der Ehweiber — von den bey Hypothek-Errichtungen üblichen Verbriefungskosten u. s. f.

§. 17.

Man beklagt sich daher mit eben so vielem Rechte über die zu grofse Begünstigung der (gerichtlich anerkannten) eigenen Wechsel im Gegenhalte der Hypotheken.

Außerdem dafs selbe letztern hinsichtlich des Vorzugsrechtes im Konkurse gleichgestellt sind, so kommt ihnen nicht nur eine ungleich schleunigere Rechtshilfe, sondern auch der bedeutend höhere merkantilsche Zinsenfufs zu statten.

Diese vorzügliche Begünstigung ist der Grund, warum (und zwar insbesondere in der Residenzstadt) die Wechsel beynahe ausschliessend von den sonst auf Hypothekenscheine darleihenden Kapitalisten gebraucht werden.

Man denke sich nur, wie sehr hiedurch die Zahl der Fallimente vermehrt wird, da den auf welch immer eine Art gedrängten Schuldner die schnelle Wechselexekution und der hohe Zinsenfufs gar nicht mehr zur Besinnung kommen lassen.

† Abgekürzte Termine, verengte Fatalien, Entziehung der dritten Instanz, der Rechtswohlthaten des Selbstverkaufes und des Moratoriums *) sind wahrlich auch nur für einen temporär verlegenen Schuldner keine Kleinigkeiten.

§. 18.

Dafür, dafs bey Wechselgeschäften höhere als die landesüblichen Zinsen gestattet sind, ist der einzige gesetzliche Grund vorhanden (W. O. §. 10. Landr. von 1756 Th. II. cap. 3. §. 21. et in not.) dafs auf einer Seite die Gefahr des Kapital-Verlustes gröfser, und auf der andern die Hoffnung gegeben ist, mit dem gelehnten Fonde einen beträchtlichen Gewinn zu machen.

*) Die Bedingungen der W. G. O. hinsichtlich des Moratoriums sind wenigstens so strenge, dafs selbes fast nie in Anwendung kömmt.

Allein! dieser Grund fällt heut zu Tage bey den auf eigne Wechsel - Geld lei- henden Kapitalisten ganz weg, da sie eben so viel, ja noch mehr Sicherheit, und ungleich mehr Bequemlichkeit als der gewöhnliche Hypothekar - Gläubiger erlan- gen. Solche Wechselschulden sind es nur dem Namen nach; — der Sache nach stellen sie sich als wahre Hypothekschul- den unter besonders gehässigen Modifika- tionen für den Schuldner dar, Darum wurde auch, wie die Erfahrung lehrt, so schnell und so häufig von dieser Erlaubniss — höhere als die landesüblichen Zinsen zu nehmen, Gebrauch gemacht.

§. 19.

Der einzige Vorthail, den die beste- hende Prioritätstheorie zu gewähren scheint,

und dem sie auch ihr Entstehen verdankt, ist — die Sicherung der Hypothekarien und Wechselgläubiger in Fallimenten vor trüglichen Handlungen ihrer Schuldner.

Allein! dieser Vortheil ist nur scheinbar: denn, was

Erstens: die Sie Sicherung der Hypothekarien betrifft, so kann selbe auf ganz andere, eben so genügende, und dabey unschädliche Weise geschehen, sobald man nur aufhören wird, die Wechsel den Hypotheken in der Priorität gleichzustellen; — eine Gleichstellung, die schon nach den Eigenthümlichkeiten der beyden Kreditarten unräthlich ist, und von deren Unzulässigkeit noch weiter unten die Rede seyn wird.

Zweytens: mit der Sicherung der Wechselgläubiger sieht es, näher beym

Lichte betrachtet, ebenfalls nicht glänzend aus.

Es ist nämlich a) vor allem zu bemerken, daß schon einmal die Tratten ohne Ausnahme — als der gerichtlichen Anerkennung unfähig von dieser Sicherung ausgeschlossen sind: b) wozu aber für die eigenen Wechsel eine Sicherungsmaafsregel die bey der — dem Kommerze weit wichtigeren Tratte — nicht nur nicht anwendbar, sondern derselben vielmehr geradezu verderblich ist. Man gesteht zwar gerne zu, daß den eigenen Wechseln durch die Anerkennungstheorie ein ganz ausgezeichnete gesetzlicher Schutz, eine Sicherheit in Fallimenten geworden ist, die ihnen auf andere Weise gar nicht gewährt werden kann; allein!

eine ganz andere Frage ist's, ob sie diese gesetzlichen Vorzüge verdienen?

Wechsel sind Mittel, den Handelskredit zu befördern, oder wurden wenigstens als solche betrachtet, da man ihnen ihre gegenwärtigen Vorzüge einräumte. Von diesem Gesichtspunkte gieng die Legislation unverkennbar aus. (§. 16.) Es wird aber nur einer bloßen Hinweisung auf das oben Gesagte bedürfen, um die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die eigenen Wechsel, so wie es hiemit nach der Anerkennungstheorie gehalten wird, aufgehört haben, Mittel zur Beförderung des Handelskredites zu seyn. *)

*) Dadurch, daß man einem Handelsmann kreditirt, ist demselben noch kein Handelskredit eröffnet; es

Wollte man sie hingegen als Formen des Realkredits — als eine Art Hypothekenscheine betrachten, so wird ihr Verdienst noch zweifelhafter, denn es ist alsdann noch weit weniger abzusehen, warum mit Umgehung der Bestimmungen des Zivilrechts über Hypothek-Konstitution die Strenge der Handelsgrundsätze in den gemeinen bürgerlichen Verkehr übertragen werden sollte, — warum man es gerade dem Negotianten unmöglich mache, *) auf die nämliche Art, wie die übrigen Staatsbürger Kapitalien gegen die gewöhnliche Hypotheksicherheit aufzubringen, und warum gerade dem Hypothekgläubiger

kömmt dabey alles darauf an, wie?
man ihm kreditirt.

*) Oder wenigst sehr erschwere.

ger eines Negotianten solche Vortheile, und seinem Schuldner solche Nachtheile zugehen sollen, die ein für allemal der Natur des Realkredites fremd sind.

§. 20.

Die Basis der Priorität der Wechsel dürfte demnach nicht, wie bisher, in ihrer gerichtlichen Anerkennung zu suchen seyn.

Von welchen Grundsätzen soll nun aber hiebey ausgegangen werden?

Es ist einleuchtend, dafs diese Materie so tief in die gesamte Lehre von der Priorität der Gläubiger im Konkurse überhaupt eingreife, dafs, um selbe ganz erschöpfend zu bearbeiten, eine vollständige Revision der im XX. Hauptstücke der Gerichtsordnung, und in mehreren Stel-

len des Landrechts aufgestellten Rechts-Grundsätze erforderlich wäre; eine Untersuchung, die in mehr als einer Hinsicht außer dem engen Kreise dieser Schrift liegt. Man beschränkt sich daher bloß darauf, einige Ideen zu entwickeln, die ihren Zweck vollhommen erreicht haben, sobald sie als brauchbare Materialien, oder auch nur als Veranlassung zu einem künftigen Gesezentwurfe angesehen werden können.

§. 21.

Zwey Punkte sind es, die, wenn von Priorität der Wechselfoderungen die Rede ist, berücksichtigt werden müssen:

- a) die Priorität der Wechselfoderungen im Gegenhalte anderer Foderungen;
- b) die Priorität der Wechsel unter sich.

Es ist nothwendig, hier schon vorläufig zu bemerken: dafs diese beyden Hauptgesichtspunkte gegenseitig in voller Wechselwirkung stehen, — so, dafs wesentlich veränderte Bestimmungen über die Priorität der Wechselfoderungen überhaupt — nothwendige Aenderungen in der Priorität der Wechsel unter sich veranlassen müssen. *)

*) Man vergleiche mit diesem Grundsatz nur die Erfahrung! So wie einmal den Wechselfoderungen die Priorität in der Klasse der Hypotheken angewiesen war, so lag es schon in dem Karakter der Klasse, dafs das Alter der Foderung (gleichviel der ursprünglichen, oder als richtig erkannten) zum Maasstab der Priorität der W. unter sich erhoben wurde.

§. 22.

Dafs den Wechselfoderungen überhaupt im Konkurse ein Vorzugsrecht gebühre, — ist in neuerer Zeit so ziemlich unbestritten; insbesondere hat man in Bayern seit mehr denn 40 Jahren die Nothwendigkeit gefühlt und ausgesprochen, auf diese Weise dem Handelskredite zu Hilfe zu kommen; und man ist auch noch izt von der Richtigkeit dieses Ausspruches durchdrungen: nur darüber, welches Vorzugsrecht den Wechselfoderungen am zweckmäfsigsten einzuräumen seyn möchte, — sind die Stimmen so ziemlich getheilt.

Sobald man einmal darüber im Reinen ist, dafs die Basis der Wechselpriorität nicht in der gerichtlichen Anerkennung

der Wechsel gesucht werden dürfe, so ergibt sich sogleich als erstes Augenmerk für den Staat — die Sicherung der seiner Garantie anvertrauten Hypothekrechte. Diese Sicherstellung läßt sich aber einzig und allein nur dadurch bewirken, daß man den Hypotheken den Vorzug klassenweise vor den Wechseln anweise, denn jede Konkurrenz beyder in einer Klasse würde die höchste Unbestimmtheit in die Priorität der Hypotheken bringen, und ein Schwanken des Realkredits herbeyführen, dessen leidige Folgen gar nicht zu berechnen sind. *)

*) Wer die Geschichte der Gesetze über die Wechsellpriorität aufmerksam gelesen hat, wird finden, daß die Konkurrenz der Hypotheken und Wech-

Man glaubt daher, dafs die Wechsel-
forderungen sich in die nächste Klasse
nach der Hypothekarien eignen.

Allein: so wie dieses geschieht, so
mufs auf der andern Seite auch dafür ge-
sorgt werden, dafs dieselbe Maafsregel,
die zur Festigkeit des Realkredites unent-
behrlich ist, nicht zu nachtheilig auf den
Vorzug der Wechsel, und dadurch auf
den Handelskredit wirke. Es ist nämlich
bekannt, dafs das bayrische Landrecht
nicht blofs besondere, sondern auch
allgemeine Hypotheken kenne, und
dafs diese bald ausdrücklich konsti-

sel in einer Klasse der Grund alles
Uebels war, da sie anfangs (§. 6.)
die Gefährdung der Hypothekarien,
und in der Folge (§. 7.) die Aner-
kennungstheorie zur Folge hatte.

tuirt werden, bald stillschweigend durch das Gesetz als gegeben erklärt sind; — ferner, dafs nicht nur unbewegliches, sondern auch bewegliches, gegenwärtiges und zu hoffendes Vermögen Gegenstand einer Hypothek seyn könne. Dieses vorausgesetzt, dürfte sehr häufig der Fall eintreten, dafs das gesammte Vermögen eines Falliten ausschliessend den Hypothekarien zufiele, und dafs die Wechselfoderungen mit dem Vorzugsrechte nach den Hypotheken kein Objekt mehr fänden, auf welches sie ihr Vorzugsrecht geltend machen könnten.

Dem Mifsstande nun läfst sich am füglichensten nur dadurch abhelfen, dafs eine Gütermasse ausgeschieden werde, die vorzugsweise bestimmt ist, dem Prioritätsrechte der

Wechsel im Konkurse Realität zu verschaffen.

Die bey einer solchen Ausscheidung anzuwendenden Grundsätze lassen sich ebenfalls wieder am besten aus der Natur der beyden Kreditarten ableiten.

I. Unverkennbar ist es, daß bewegliche Sachen zur Verhypothezierung (im Gegensatz vom Faustpfande) bey weitem weniger tauglich sind, als unbewegliche, denn der Gläubiger erhält bey ersteren in eben dem Maasse geringere Sicherheit, als die Verschleppung beweglichen Gutes zu seinem Nachtheile ungleich weniger Schwierigkeiten unterliegt, als die Gefährdung der Pfandrechte auf Immobilien. So wie nun aber die öffentliche Garantie bey Mobilien als Objekt

einer Hypothek von zweifelhafter Wirksamkeit ist, eben so nimmt der Handelskredit dieselben, — als zu seinem Bedarfe vollkommen brauchbar — in Anspruch.

Diesem zu Folge wären also die Mobilien jene Güter, die vorzugsweise geeignet sind, der Priorität der Wechselforderungen im Konkurse Realität zu verschaffen. Hieher gehören nun

- a) Der Vorrath an Waaren, an rohem, oder verarbeitetem Materiale,
- b) die zum Handel oder zur Fabrikation gehörigen Utensilien (in so fern sie nicht ihrer Natur oder Bestimmung nach zu den unbeweglichen Sachen zu zählen sind)
- c) die Aktivforderungen,

d) der baare Kassen - Vorrath,

e) die Mobiliarschaft im engern Sinne.

II. In allen diesen Gütern (a — e) sollen die Wechselfoderungen im Konkurse den Vorzug vor den Hypotheken haben. *)

*) Und zwar, ohne zu der Fiction eines gesetzlichen Unterpfandrechtes Zuflucht zu nehmen; — es ist übrigens dem Verfasser nicht entgangen, wie sehr diese generelle Bestimmung mit der gegenwärtigen Prioritäts-Ordnung kontrastirt, wo aller Vorzug auf Hypothekrechte, ausdrückliche oder stillschweigende, cum vel sine jure praetationis in den ersten 9 Klassen berechnet ist: allein! diesem Kontraste wird bey Einführung von Hypothekenbüchern leicht begegnet werden können. Dort, und nicht hier läßt sich mit Genauigkeit bestimmen, welche Foderun-

III. Die Sicherung des obenbezeichneten Vorzugsrechtes geschieht dadurch, daß

- a) dem Negotianten *) nicht gestattet wird, irgend eine gültige Hypothekverschreibung unter Privatautorität auszustellen;
- b) daß demselben auch unter öffentlicher Autorität nur die Verpfändung von unbeweglichem Eigenthume erlaubt werde;
- c) daß die §. 22. I. (a — e) aufgezählten Gegenstände auch selbst obrig-

gen durchaus in allen Gütern der Konkursmasse den absoluten Vorzug genießen sollen; und welche nicht; u. s. f.

*) Ueber den Begriff von Negotiant siehe man weiter unten §. 25 — 26.

keitlich von ihm weder verschrieben, noch verpfändet werden dürfen;

d) daß hinsichtlich der stillschweigenden Pfandrechte (*hypothecae legales*) und ihres Vorrugs im Konkurse angemessene gesetzliche Veränderungen eintreten.

IV. Im Ganzen würde demnach die Priorität der Wechsel im Gegenhalte anderer Forderungen nach den eben aufgestellten Grundsätzen auf folgende Weise geordnet:

I. Die Wechselforderungen folgen in der ihnen eigenen Klasse *) zu-

*) Wenn man das Eigenthümliche des

nächst auf die Hypotheken; sie werden daher

2. in Beziehung auf das unbewegliche Kridarvermögen nur dann zum Zuge gelassen, wenn nach Befriedigung sämtlicher Hypothekarien hievon noch etwas übrig bleibt.

3. In dem beweglichen Gandvermögen hingegen gehen sie nicht nur den Gläubigern in den auf sie folgenden Klassen, — sondern auch den Hypothekarien vor.

4. Bleibt es zwar jedem Wechselgläubiger unbenommen, sich für seine Fode-

Handels-Kredites und seiner Formen erwägt, so dürfte es manches für sich haben, die Wechselfoderungen nicht mit andern Foderungen in einer Klasse (oder Abtheilung) zu vermengen.

rung — auch noch durch Hypothekrechte auf dem unbeweglichen Vermögen seines Schuldners zu sichern; allein diese Sicherung soll nur nach den allgemeinen für das Hypothekenwesen bestehenden Normen geschehen können, in keinem Falle aber — als Modifikation in oder an dem Wechselbriefe angebracht — die Simplizität der dem Handelskredite angehörigen Formen stören. *)

*) Es ist nicht zu berechnen, welche Verwirrungen durch die Vermischung der Wechsel und Hypotheken — durch die Anerkennungen, Vormerkungen, Ingrossationen — Immatrikulationen — Hypothek - Konstitutionen im Kontext des Wechsels etc. entstanden sind. Belege für diese Behauptung finden sich häufig in alten und neuen Prioritäts - Erkenntnissen über kaufmännische Fallimente.

§. 23.

Die Priorität der Wechselforderungen unter sich läßt sich — unter den angenommenen Voraussetzungen — nur mehr auf zweyerley Art bestimmen; denn —

a) entweder entscheidet das Alter der Forderung (Datum des Wechselbrieves) oder

b) sämtliche Wechselgläubiger ziehen in tributum.

Die Wahl zwischen beyden wird schon durch die über die Priorität der Wechselforderungen überhaupt aufgestellten Grundsätze geleitet.

Offenbar entspricht das Alter der Forderung oder das Datum der Schuldurkunde als Maasstab des Vorzuges hauptsächlich

nur dann, wann von Ansprüchen die Rede ist, denen auf irgend eine Art die öffentliche Garantie zur Seite steht; z. B. bey gerichtlichen Hypotheken, bey geklagt, und geschaften Foderungen etc. Auf diese paßt das Rechtsaxiom: *prior tempore, potior jure* — ganz; denn es ist natürlich, daß derjenige, welcher sich früher vom Staate die Sicherheit seiner Foderung garantiren liefs, auf den vollen Schutz desselben einen gegründeten Anspruch vor demjenigen habe, der diese Garantie erst später nachsuchte, und im voraus wissen konnte in wie weit ihn der Staat noch zu schützen vermochte. Ganz anders verhält es sich mit Foderungen, die blofs auf Privatvertrauen beruhen. Es ist nicht so leicht abzusehen, warum derjenige der früher Vertrauen

zeigte, ein besseres Recht haben sollte, als derjenige, der dieses später that. Wenigstens dürfte durch eine Distinktion der Art die Erzeugung des Privatvertrauens gewifs nicht gefördert werden. (Man sehe übrigens §. 13.)

Ja! es kann sogar der nemliche Maassstab, der bey vorhandener öffentlicher Garantie ausschliessend der rechtliche ist, im umgekehrten Falle der Realisirung des Rechtes im höchsten Grade gefährlich werden. Diefs wäre insbesondere zu fürchten, wenn man bey den Wechselfoderungen das Datum des Wechselbriefes zum Initialpunkt der Priorität erheben wollte.

Entscheidet nämlich das Datum des Wechsels, so würde der Gläubiger bey Eingehung eines Wechselgeschäftes vor

allem wissen wollen, ob — und wieviel ältere Wechsel vorhanden seyen? ein Umstand, über welchen er durchaus eine sichere Auskunft sich zu verschaffen nicht im Stande ist. Dagegen wird auf diese Art der Gandirer Herr über das Schicksal seiner Gläubiger, da jeder Gefährde von seiner Seite offner Spielraum gegönnt ist. Und wird dann wohl mehr als ein trügliches Falliment erforderlich seyn, um den ganzen Wechselkredit in seinen Grundfesten zu erschüttern? Man gehe nur auch hier wieder auf die Erfahrung zurück, (§. 6.) um selbst in den bisherigen Gesetzen den deutlichen Ausspruch zu finden, es sey unthunlich, die Priorität der Wechselforderungen unter sich blofs nach dem Datum der Wechselbriefe zu ordnen. So bleibt denn nichts übrig, als treu dem Geiste des Handelskre-

ditos gleiches Vertrauen mit gleichem Rechte zu vergelten, sohin sämtliche Wechselfoderungen unter sich in tributum zum Zuge kommen zu lassen. *)

§. 24.

I. Im allgemeinen betrachtet, dürfte die eben aufgestellte Theorie über die Priorität der Wechselfoderungen eine bestimmtere Begränzung des Real- und Handelskredits in ihren Formen gewähren. So wie sie nämlich der Hypothek das unbewegliche, dem Wechsel hingegen das bewegliche Vermögen vor-

*) Auch die Kurrentisten ziehen in tributum. cod. jud. cap. 20. §. 15. Sollen denn die Wechsel unter sich in ihrer Klasse anders behandelt werden?

zugsweise als Objekt anweist, wird erstere zum ausschliessenden Vehikel des Realkredites erhoben, dafür aber der Wechsel dem Handelskredite als wesentliche Form widergegeben.

Die Tratte erhält ihre alten Rechte wieder, und der eigene Wechsel verliert den vom Realkredite bisher entlehnten Prunk, dessen er sich beynahe ausschliessend zum Vortheile der Wucherer bediente.

Zurückgeführt auf ihre ächte Basis — auf den Werth des Immobiliare steht die Hypothek höher als je in der öffentlichen Meinung — seltener missbraucht durch die ihr überhaupt nicht zusagende Spekulation, dagegen aber fest und unerschütterlich, wie das Prinzip des Realkredites.

II. Der Wechselgläubiger^{*)} insbesondere gewinnt hiebey von mehr als einer Seite.

a) Bey gehöriger Vorsicht, (und diese kann beym Handelskredite nie entbehrt werden,) wird er in dem beweglichen Vermögen seines Schuldners genügende Sicherheit finden.

Man glaube ja nicht, die dem Schuldner zustehende freye Veräußerungsbefugniss hinsichtlich seines Mobiliars (mit Ausnahme des Verpfändungsrechtes) gefährde den Gläubiger. Nur ein ansehnlicher Mobilienvorrath,

^{*)} Hier ist nicht zu vergessen, dafs von den vielen Wechselgläubigern unserer Zeit die meisten es nur dem Namen nach sind.

verbunden mit anerkannter Solidität wird Wechselkredit verschaffen, und wie schwer sollte es dann nicht dem Besitzer halten, sich dieses Vorraths ohne Wissen seiner Gläubiger zu entäussern, wie schwer sogar, ihnen den Verkaufspreis zu entziehen?

Durch die Sönderung der dem Handelskredite zugewiesenen Objekte von jenen des Realkredites wird überdies

b) gröfsere Schnelligkeit in die Exekution bey Wechselschulden gebracht; da hiedurch die bisher so häufigen Interventionen der Hypothekarien beseitigt werden. Ueberhaupt erleichtert sich

c) die Behandlung kaufmännischer Debitwesen augenscheinlich, da durch

die eben angeführte Sönderung der Masse sowohl, als auch vorzüglich durch die vollkommene Rechtsgleichheit der Wechselgläubiger (im Tributarzuge) gütliche Ausgleichungen nicht nur mit weniger Schwierigkeit, sondern auch mit weit geringerm Zeitaufwande herbeygeführt werden können.

Nicht minder wichtig ist

- d) der Schutz vor Gefährde, den die Gleichheit im Zuge bey Fallimenten gewährt, denn abgesehen davon, dafs beym Tributarzuge eine bey weitem gröfsere Summe erforderlich ist, wenn der Betrug allen fühlbar werden soll, *) und dafs der trügli-

*) Weil auch die *creditores fictitii* ihre Rate verlieren! —

che Fallite bey übrigen gleichen Verhältnissen einen kleinern Vortheil erlangt, — so ist auch der Umstand wohl ins Auge zu fassen, daß hier alle Gläubiger durch gleiches Interesse aufgefordert sind, den Betrug zu entdecken, und daß in der Regel ein dem Betrage nach gröfser Betrug der Art bey weitem leichter, als ein geringer, zu entlarven ist.

Nebst diesem allen ist noch

- e) das Geheimniß des Besitzes an Wechselkapital in Anschlag zu bringen, das die Anerkennungstheorie von Grund aus zerstörte, und das für den Gläubiger, wie für den Schuldner von hoher Wichtigkeit ist.

III. Ausser den II. ad c et e aufgezählten Vorthcilen, die der Wechselgläubiger mit dem Wechselschuldner theilt, findet letzterer hiebey noch überdieß manch' andern wesentlichen Gewinn. Itzt erst hat er Handelskredit auf eigene Wechsel; vorher waren diese nur die gehässige Form, ein Hypothekkapital unter drückenden Bedingungen zu erhalten. Ohne gerichtliche Formen und Auslagen — ohne Zeitaufwand verrichtet er in der Stille seines bürgerlichen Lebens die Geschäfte, die auf Privatvertrauen berechnet — keinen Zeugen ohne Scheu ertragen, und überläßt die Publizität der Gerichtssäle jenen, die thöricht oder unglücklich genug waren, in ihren Komptoirs das Vertrauen verloren zu haben.

Das Verpfändungsverbot der Mobilien endlich ist für ihn keine Last; denn ohne das Gesetz — hat die Zartheit der der Handelswelt eigenen Denkweise längst als Grundsatz ausgesprochen, daß man mit Verpfändung seiner Mobilien nicht anfangen dürfe, wenn man auf Handelskredit Anspruch zu machen gesonnen ist.

B) Ueber die Wechselfähigkeit.

§. 25.

Aber! wird man sagen, — nicht bloß Kaufleute, im engern Verstande befassen sich mit Ausstellung von Wechseln, sondern eine Menge anderer Staatsbürger „Negotianten“ genannt, welchen die Qualität der Wechselfähigkeit beygegeben sey, und wovon ein großer Theil nur eine unbedeutende Mobiliarschaft — viel min-

der einen ansehnlichen Waaren - oder Utensilien - Vorrath besitze: Diesen sey ja hiedurch aller Handelskredit, ja sogar stillschweigend der Genuß ihrer Wechsel-fähigkeit entzogen!

Wahr ist es, durch das Leuterations-mandat vom 19. Julius 1787, und die darauf sich gründenden Urtheile der Handels-gerichte ist zeitenweise die Wechselfähigkeit der Bürger aus allen Zweigen der Gewerbe und Handwerke zur Sprache gekommen; insbesondere hat man später das Charakteristische der wechselfähigen Gewerbe in dem „zu offnem Kram- und Markt Sitzen“ zu finden geglaubt, und hiedurch dem Negotiantenstande eine bedeutende Erweiterung gegeben. *)

*) Wechselfähig sind alle Juden — Bier-

Allein eben so wahr ist es auch,

1) dafs ungeachtet dieses angeblichen Kriteriums jeder in den Wechsel - Gesetzen und Gewohnheiten auch noch so Erfahrene immer in Verlegenheit geräth, wann er erschöpfend angeben soll, wer? jenem Stande angehöre oder nicht; — und dafs eben darum jedes Jahr eine nicht geringe Anzahl von Prozessen über diesen Präjudizialpunkt durchgeführt wird;

2) dafs der Satz „die Wechselfähigkeit hänge durchaus von der Natur

wirthe — Spängler, Gerber, Schuhmacher, Schneider (letztere jedoch nur, wenn sie einen offenen Laden mit vorräthigen Arbeiten haben) Ziegelbrenner, Sägmühler etc. etc. jam satis!

des Gewerbes ab“ grossen Bedenken unterliege.

§. 26.

Der Grund jener Zweifel über den Inhalt des Begriffes „Wechselfähigkeit“ liegt nun zunächst darinn, dafs man

- a) die Wechselfähigkeit, d. h. die Befugnis sich wechselfähig zu verpflichten, — anstatt selbe als simples Attribut eines gewissen Standes zu betrachten, als das einzige und ausschliessende Merkmal *) angesehen hat, wo-

*) Da es zur Zeit keine eigene Negotiantenmatrikel giebt, und der Negotiantenstand nach dem Leuterationsmandate aus den verschiedenartigsten Bestandtheilen zusammengesetzt ist, so weifs man eigentlich nur erst dann bestimmt, dafs der Handwerker X. Ne-

durch bestimmt wird, wer diesem Stande, nämlich dem der Negotianten, angähöre, dafs man

b) anstatt durch einen öffentlichen Akt der Polizeygewalt festzustellen, wer Mitglied dieses Standes sey, die Entscheidung hierüber der richterlichen Gewalt überliefs; und dafs endlich

c) diese richterliche Entscheidung — statt von einer einfachen festen Prümisse abzuhängen, nur durch eine

gotiant ist, sobald er von dem Handelsgerichte letzter Instanz als wechselfähig anerkannt wurde. Das Anerkennen der Wechselfähigkeit von Seite der Gerichte ist demnach das einzige äusserlich erkennbare Factum. wodurch das Negotiantseyn beurkundet wird.

Reihe kombinirter Urtheile und Schlüsse (wenigstens in den meisten Fällen) möglich wird. *)

*) Ein Beyspiel! die Verordnung vom 19. July 1787. Nro. I. bestimmt: „Es werden unter die Negotianten nicht nur die dem Handelsstande beygethanene, sondern auch all jene, welche berechtigtes Gewerbe treiben, z. B. Brauer, Metzger etc. verstanden!“ Nun soll der Wechselrichter entscheiden, ob der Sägmühler A. Negotiant sey? Sein Urtheil wird beyläufig aus folgenden Sätzen bestehen: 1) Wechselfähig ist, wer dem Handelsstande beygethan ist, oder berechtigtes Gewerbe treibt, 2) A. ist dem H. Stand nicht beygethan, allein! 3) er treibt berechtigtes Gewerbe, denn 4) die Sägmühlerey ist ein Gewerbe, und 5) scheint den in der Verordnung aufgezählten Beyspielen zu gleichen. 6) A. ist berechtigter Sägmühler; also etc. — Man

Das erste und wesentlichste Erfodernifs eines für den Richter brauchbaren Besimmungsbegriffes von Negoziant ist demnach — ein einfaches, leicht zu konstatirendes Merkmal, das nur diesem Stande allein zukömmt. In dieser Hinsicht möchte die Definition so zu fassen seyn, Negotiant ist derjenige, der als solcher in der öffentlichen Negotiantenmatrikel eingetragen ist.

Anders verhält sich die Sache, wenn bestimmt werden soll, wer in diese Matrikel aufzunehmen sey? Hier dürfte es unzulänglich seyn, lediglich die Natur der verschiedenen Gewerbe

denke sich nun, welcher Spielraum ad 4 et 5 der Schlussskette den Votanten gegönnt ist!

als Maasstab anzunehmen, sondern man glaubt vielmehr, dafs die Gesetzgebung sowohl, als die Polizey - Obrigkeit als vollziehende Stelle in die Ansprüche der einzelnen Bewerber, kurz! in die Frage eingehen müsse „ob das aufzunehmende Individuum von der Art sey, dafs sich von ihm ein dem Zwecke des Handels vorzüglich entsprechendes Wirken erwarten lasse?“

Dabey ergeben sich nun folgende Betrachtungen:

§. 27.

I. Es wird kaum jemand in Abrede stellen, dafs, so wie der Handel im allgemeinen auf das Nationalvermögen wirkt, eben so umgekehrt die Nation im Ganzen auch auf das Gedeihen oder den

Verfall des Handels wirke: — so, im allgemeinen betrachtet, dürfte also wohl kaum ein Stand gedacht werden können, dem einiges Wirken in dieser Beziehung abgesprochen werden könnte. Wenn daher der Staat eine eigene Klasse von Staatsbürgern anerkennt, der er vorzugsweise das Interesse des Nationalhandels anvertraut, so scheint es sehr billig zu seyn, daß jeder, der jener Klasse beygezählt zu werden wünscht, nachweise, daß er ein vorzügliches dem Zwecke des Handels entsprechendes Wirken hervorzubringen im Stande sey. Worin soll nun aber dieses vorzügliche Wirken bestehen? — Die Antwort fließt aus dem Vorhergehenden von selbst.

So wie nämlich angenommen werden muß, daß jeder Staatsbürger — abgese-

hen von der besondern Kaste, der er angehört — auf den Handel einwirkt, so bemerkt man bald, dafs es nicht eigentlich auf die Qualität ankommen könne; sondern dafs es hier um das mehr, oder weniger, kurz! um die Quantität des Wirkens zu thun sey.

Die dermaligen Wechselgesetze sind nicht in diesem Geiste geschrieben. Das Leutationsmandat von 1787 macht die Lösung der Frage, „wer Negotiant sey,“ von der Natur der Gewerbe, also von der Qualität der Handlungen des wirkenden Subjekts — abhängig. Nach ihm ist z. B. jeder Bierwirth wechselfähig — also Negotiant. Es ist indessen nicht ganz leicht zu begreifen, warum der Dorfswirth X, dessen ganzer Vorrath vielleicht in einigen erborgten Eimern

Bier besteht, Negotiant seyn soll, während es der freye Bauer, der jährlich um 10 — 12000 fl. Getreide u. a. Früchte, das Erzeugniß seines gesegneten Bodens und seines Arbeitsfleisses verkauft, nicht ist? — Man wird vielleicht einwenden: ein Beyspiel beweise noch nichts, und: „man könne dagegen mehrere Beyspiele von Bürgerklassen anführen, die an und für sich sammt und sonders dem „Negotianten - Stande angehören, z. B. Banquiers, Manufakturisten etc.“ Hierauf wird erwiedert; es sey richtig, daß es einige solche Klassen gebe; allein! hieby liegt schon der Benennung, die der Sprachgebrauch einer solchen Klasse giebt, ein gewisser Quantitätsbegriff zum Grunde: z. B. unter Banquier versteht man nicht jeden, der Geldgeschäfte macht,

sondern nur denjenigen, der große und viele solche Geschäfte macht. Das nämliche gilt in seiner Weise vom Manufakturisten. Wenn daher die Quantität als Vorbedingung der Aufnahme als Negotiant angenommen wird; so wird jedes Mitglied einer solchen Klasse, — jedoch abgesehen von dieser seiner Eigenschaft, wegen der bloßen Quantität seiner Leistungen dem Negotiantenstande beygezählt werden müssen, während hingegen kein Individuum, dem zum Negotianten — ausser dem Namen alles fehlt, auf dieser Liste prangen wird; ein Mißstand, — der bey den geltenden Prinzipien durchaus nicht vermieden werden konnte, wo man

a) alles auf die Natur der Gewerbe beschränkte, und eben deswegen

b) viele Gewerbe zulassen mußte, weil man fand, daß jedes dieser Gewerbe einige Mitglieder enthielt, denen man den Beruf zum Negotianten nicht absprechen konnte.

Diese Quantität des Wirkens ist demnach allein geeignet, als Maasstab zu dienen, um auszumitteln, wer dem Stande der Negotianten im allgemeinen angehöre. Um eine Ausnahme festzusetzen, oder um in der Hauptklasse der Negotianten Unterabtheilungen zu bestimmen, kann, und muß sogar auf die Qualität gesehen werden. Es kann also z. B. allerdings ausgesprochen werden „kein Beamter, kein Soldat, als solcher, ist fähig, Negotiant zu seyn“ — und es bleibt sogar kein andrer Ausweg übrig, um den

Fabrikanten vom Manufakturisten u. s. f. zu unterscheiden, als auf die Qualität ihrer Funktionen Rücksicht zu nehmen.

§. 28.

II. Die Merkmale, aus denen die Quantität des Wirkens erkennbar ist, sind nun a) der disponible Fond, b) Kenntnisse, c) Thätigkeit, d) tadelloser Ruf.

Sie zusammengenommen erzeugen das dem Negotianten nöthige Vertrauen, und die Summe dieses Vertrauens steht in gleichem Verhältnisse mit der Summe der dasselbe begründenden Ursachen. *)

*) Aus diesem Grunde dürfte es mit demjenigen Kandidaten, der nur einen sehr mässigen Fond nachweisen kann, nicht so genau genommen

Was aber insbesondere 1) den Fond betrifft, so soll derselbe von der Art seyn, dafs der angehende Negotiant ihn ohne Schwierigkeit zu Handelszwecken benutzen könne. Ein verschuldetes Grundeigenthum ist also noch kein genügender Fond. An die Bestimmung eines Minimums ist übrigens nicht wohl zu denken, vielmehr die ganze Entscheidung den Polizeystellen zu überlassen, da hierauf Zeit und Orts-Verhältnisse einen zu grofsen, und abwechselnden Einflufs äussern.

2) Dagegen möchte hinsichtlich der Kenntnisse allerdings ein Minimum angenommen werden. Es ist wahrlich traurig, unter den dermaligen Negotianten

werden, sobald er die Eigenschaften b — d in Grade besitzt; und umgekehrt.

eine Menge Leute zu wissen, die — im buchstäblichen Sinne des Lesens und Schreibens durchaus unkundig sind, von Handelskenntnissen gar nicht zu reden! *) Sollte denn die Forderung übertrieben seyn, daß jeder Negotiant doch wenigstens so viele Elementarkenntnisse besitzen müsse, als erforderlich ist, um ein richtiges und deutliches Aufschreibbuch über seine Geschäfte führen zu können? Eine große Anzahl von Betrügereyen, und eben so viele Prozesse, als Folgen derselben würden dadurch beseitigt.

*) Abermal eine Folge des Grundsatzes: daß die Wechselfähigkeit von der Natur der Gewerbe abhängt!

III. Da die Aufnahme in den Negotiantenstand von den Polizeystellen bewerkstelligt werden soll, so ist es natürlich, daß auch ihnen die endliche Würdigung der Aufnahmeerfordernisse zustehe: allein! eben so natürlich ist es auch, daß bey diesem Geschäfte die Standesgenossen beygezogen werden. Die Gröfse des ihnen zu gestattenden Einflusses dürfte nach folgenden Momenten zu bemessen seyn:

1) Bey einem Stande, wie der der Negotianten, kann es keinem der Genossen (im Orte) gleichgiltig seyn, wer Mitglied desselben werde? Alle haben ein bestimmtes Interesse daran, daß jedes Mitglied gerechte Ansprüche auf all-

gemeines Vertrauen habe; denn die Erfahrung hat nur schon zu oft gezeigt, wie das von ein- oder dem andern Mitgliede getäuschte Vertrauen den unschuldigen Standesgenossen entzogen wurde.

2) Da nach der eigenthümlichen Natur des Handelskredits eine Garantie von Seite des Staats unzulässig erscheint, so ist kaum zu miskennen, daß es die Genossen sind, die dem aufzunehmenden Mitgliede in Erwerbung des Vertrauens vorzugsweise behilflich, und hinderlich seyn können.

3) Sind sie als Sachverständige am besten im Stande, über die Qualifikation des Kandidaten zu urtheilen.

Man glaubt daher, daß es nicht genug sey, die Standesgenossen bloß im Allge-

meinen über die Aufnahme eines Mitgliedes zu hören, sondern dafs gerade ihnen die Vorlage, so wie die erste Prüfung der Aufnahmserfordernisse gebühre, und dafs ihre gründlich befundenen Erinnerungen durchaus nicht unbeachtet bleiben sollen.

§. 30.

IV. Um von jemand mit Zuverlässigkeit erwarten zu dürfen, dafs er dem Zwecke des Handels inöglichst entsprechend wirken werde, ist es nicht genug, dafs derselbe die Mittel besitzt, auf diese Art wirken zu können; er mufs auch den festen Entschlufs gefafst, und ausgesprochen haben, gerade so wirken zu wollen.

Diese höchst gemeine Wahrheit ist, wenn wir die Erfahrung berathen, doch noch nicht gehörig erkannt, also noch immer nicht genug gesagt.

Betrachtet man nämlich die bestehenden Normen über Wechselfähigkeit, so findet sich, dafs es a) auf die Natur des Gewerbes ankomme, ob jemand wechselfähig, d. h. Negotiant sey, oder nicht: b) dafs man eben diesem Grundsätze zu Liebe eine Menge von Gewerben zu wechselfähigen erhoben habe. (§. 27. I.) So kömmt es denn, dafs der Kandidat eines solchen Gewerbes mit dem Eintritte in das Gewerbe auch zugleich in den Stand der Negotianten tritt, ohne dafs es von seiner Seite einer besondern Erklärung bedurfte, dafs er

Negotiant seyn wolle. Das Gesuch um die Aufnahme in das Gewerbe wird demnach als eine konkludente Handlung betrachtet, welche die Neigung des angehenden Gewerbsmannes zum Negotianten-Stande ohne weiters ausspricht.

Allein! geschweige, dafs ein grofser Theil jener Individuen, die die Aufnahme in ein bürgerliches Gewerbe nachsuchen *)

*) Man kann bey vielen Stellen der Wechselordnung sich durchaus der Idee nicht erwehren, dafs die Verfasser fast durchaus die Residenz-Stadt vor Augen hatten; — was noch wahrscheinlicher wird, wenn man bedenkt, dafs selbe als Muster die Wechselordnung einer noch gröfsern Stadt (Wien) wählten. Eben darum ge-

(z. B. Bierwirth, Bäcker, Metzger u. s. f. in Landstädten oder Märkten) schlechterdings keinen Begriff von Wechsel oder Wechselfähigkeit hat, — geschweige, daß diese Leute im höchsten Grade ignoriren, daß sie durch ihren Gewerbsantritt Negotianten werden, — geschweige endlich, daß abermal ein großer Theil derselben, und wahrlich nicht der schlechtere, lebenslänglich keinen Gebrauch von der stillschweigend errungenen Wechselfähigkeit macht; — so hat eine, bloß unserer Zeit angehörige Erscheinung unwidersprechlich

räth man nicht selten in Verlegenheit, sobald man die in der W. O. aufgestellten Begriffe auf die Provinzialstädte und das platte Land anwendet.

dargethan, dafs viele von denjenigen, die späterhin zur Erkenntnifs des von ihnen zugabswείce erworbenen Vorrechtes gekommen sind, solches durchaus nicht als Vorrecht erkannt haben, sondern als eine gehässige Last sofort abzuschütteln bemüht waren.

Wir sprechen von den so häufigen Verzichten auf die Wechselfähigkeit!

Noch nicht ein Kaufmann (in der gewöhnlich engeren Bedeutung) hat auf das Recht, Wechselverbindlichkeiten eingehen zu dürfen verzichtet; wohl aber eine bedeutende Anzahl Individuen deren ganzer Anspruch auf den Negotianten - Titel

in ihrer mehr oder minder zweifelhaften Wechselfähigkeit besteht. Diese entledigen sich unbedenklich des Rechts, oder, wie sie es zu nennen scheinen, der Last, Wechsel ausstellen zu dürfen, und bey den häufigen Beyspielen der Art, welche die öffentlichen Blätter liefern, scheint diese Manipulation durch entsprechende Erfolge begünstiget zu werden.

Der Grund, warum der eigentliche Kaufmann diese gelungenen Versuche seiner wechselfähigen Halbbrüder durchaus nicht nachahmen will, liegt augenfällig darinn, daß ersterem vorzüglich an seinem Handelskredite, so wie letztern ausschliessend an ihrem Realkredite gelegen ist, daß der Kredit ersterer Art

der Befugnifs, Wechselverbindlichkeiten (wenigstens durch Tratten) eingehen zu dürfen, durchaus nicht zu entbehren vermag, während die nämliche Befugnifs dem Kredite letzterer Art nicht nur ganz entbehrlich, sondern sogar nachtheilig ist. *)

Ob man nun unter diesen Umständen recht gethan habe, aus dem Gesuche um Aufnahme in ein bürgerliches Gewerbe den Willen — Negotiant zu seyn — so geradehin als Schlussfolge abzuleiten; kann nach dem Gesagten nicht mehr zweifelhaft seyn.

*) Nach der gegenwärtigen Einrichtung! —

§. 31.

So wäre dann der Gattungsbegriff Negotiant durch die Immatrikulation unverrückbar festgestellt; — das Recht, Wechselverpflichtungen eingehen zu dürfen, und die Verbindlichkeit, sich der Verpfändungsbefugniß über das bewegliche Vermögen zu enthalten, als gemeinsames Attribut der Gattung bezeichnet, und alles Uebrige zu den — hieher nicht gehörigen — besondern Gewerbsinstruktionen verwiesen.

So wäre die Aufnahme in den Negotiantenstand ausschliessend durch die Würdigkeit des Individuums bedingt, und der Grundsatz ausgesprochen, daß einem Stande, dessen höchster Zweck nicht

in äusserer — durch den Zwang des Gesetzes — geschützter Ehre; sondern in der innern — freywilligen Achtung, in dem unerzwingbaren Vertrauen der Menschen aller Stände und Länder besteht, nur derjenige beytreten könne, der — abgesehen von seinen übrigen Verhältnissen — streng darthun kann und will, dafs er gerechte Ansprüche auf jenes Vertrauen habe.

§. 32.

Von diesen Bestimmungen — als Gesetz — ausgegangen, würde sofort

1. der Richter, da wo es sich um Entscheidung rechtlicher Verhältnisse eines Negotianten handelt, nie über die *quæstio status* in Verlegenheit gerathen, son-

dern in der öffentlichen Negotianten - Matrikl stets einen sichern Anhaltspunkt finden.

Die bisher so häufigen Präliminar-Verhandlungen und Entscheidungen über diesen Gegenstand wären hiedurch mit einennmale beseitigt.

2. Nun erst hätte die Polizeybehörde von dem Umfange des Negotiantenstandes, den sie selbst bestimmt, volle Kenntnifs. Bisher war ihr dieß schlechthin unmöglich, denn abgesehen davon, dafs die Urtheile der Wechselgerichte in Partheysachen den Polizeystellen nicht mitgetheilt werden, und nicht füglich mitgetheilt werden können, so befin-

det sich, unter dem unübersehbaren Heere präsidentiver Negotianten immer noch so mancher Kompetent, dessen Wechselfähigkeits-Ansprüche erst zu Tage gefördert, und durch richterliches Erkenntnis anerkannt oder verworfen werden müßten.

3. Dadurch, daß niemanden mehr seines Gewerbes wegen die Aufnahme als Negotiant zugestanden oder verweigert würde, käme einerseits manches würdige — dem ungeachtet aber bisher ausgeschlossene Individuum in den Negotiantenstand; während andererseits eine Menge bloß ihres Gewerbes halber demselben beygezählte Mitglieder — bey dem Mangel aller

Aufnahms - Erfodernisse — ausgemerzt
würden.

4. Schon der Umstand allein, daß
niemand ohne ausdrückliche Erklärung
Negotiant seyn zu wollen — zugelassen
würde, müßte eine äusserst bedeutende
Verringerung in der Anzahl der Nego-
tianten hervorbringen.

5. Aus demselben Grunde, — und
weil nach den in Antrag gebrachten Be-
stimmungen über die Priorität der Wech-
sel (§. 22.) künftig die Wechselfähigkeit
auf den Realkredit nicht mehr nachthei-
lig wirken könnte, würde auch der zur
Tages - Ordnung gewordene — freywilli-
ge Austritt aus dem Negotiantenstande

(Wechselfähigkeits - Verzicht) zum grossen Frommen des Handelskredites aus dem bürgerlichen Leben so wie aus den öffentlichen Blättern verschwinden.

6. Endlich wären durch dem aufgestellten Maassstab der individuellen Würdigkeit auch die Schranken bezeichnet, inner welchen die — so grosse Aufmerksamkeit verdienende Krämerey nothwendig gehalten werden muss, wenn sie nicht schädlich werden soll.

§. 33.

Und hiemit möge sich denn dieser kurze Aufsatz schliessen!

Sein Zweck ist nicht verfehlt, sobald er zur Erforschung auch nur einer gemeinnützigen Wahrheit — und sey's auf fremden Wegen, — den ersten Anstoß gab.



B a m b e r g,
gedruckt mit Reindl'schen Schriften.

Riedl, Aloys J.

Ideen über Wechselfähigkeit und Wechselfähigkeit nach den in Altbayern
geltenden Gesetzen

Bamberg 1817

Bamberg, Staatsbibliothek -- RB.J.c.o.41
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11769426-3